



**Sarah Ryglewski**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Parlamentarische Staatssekretärin

Sarah Ryglewski, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Bremer Friedensforum  
IALANA  
IPPNW Bremen  
DFG-VK Bremen  
aufstehen Bremen  
per Mail: : volkert.ohm@gmail.com

Berlin, 07.05.2020  
Unser Zeichen:

**Sarah Ryglewski, MdB**  
Obernstraße 39-43  
28195 Bremen  
Telefon: +49 421-3501842  
Fax: +49 421-357283  
sarah.ryglewski.wk@bundestag.de

**Berliner Büro**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Paul-Löbe-Haus  
Raum: 7839  
Telefon: +49 30 227-71595  
Fax: +49 30 227-76212  
sarah.ryglewski@bundestag.de

## **Offener Brief zur Nuklearen Teilhabe Deutschlands**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 3. Mai 2020, in dem Sie die aktuelle Debatte um nukleare Abrüstung aufgreifen. Die Aussage des amerikanischen Präsidenten, dass Atomwaffen nicht mehr nur der Abschreckung dienen, sondern Waffen sind, mit denen man regulär Kriege führen kann, sind gefährlich und gefährden die internationalen Bemühungen zur nuklearen Abrüstung, auf die wir uns auch im Koalitionsvertrag verständigt haben.

Ziel deutscher Regierungspolitik ist eine nuklearwaffenfreie Welt. Dieses Ziel unterstütze ich. Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Bundestagsfraktion unterstütze ich die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN). Die Anti-Atomwaffen-Kampagne hatte maßgeblich am UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen mitgewirkt, der im Juli 2017 unterzeichnet wurde und von mehr als 120 Staaten unterstützt wird.

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich, hat die Debatte über einen Abzug amerikanischer Atomwaffen in Deutschland im Kontext der Aussagen Donald Trumps neu eröffnet. Diese Debatte ist wichtig und muss im Parlament geführt werden, denn Deutschland muss die richtige Strategie wählen, um international weiterhin die globalen Bemühungen zur nuklearen Abrüstung vorantreiben zu können.

Der Vorstoß der Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer ist eine unverbindliche Absichtserklärung. Das Budgetrecht liegt beim Parlament und damit auch die Entscheidung über die Anschaffung entsprechenden Fluggeräts. Verhandlungen über Rüstungsgüter dürfen deshalb auch nicht am Parlament vorbei getätigt werden. Die SPD wird in der Koalition darauf bestehen, dass diese Regeln eingehalten werden.



Für das weitere Gespräch stehe ich sehr gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

*Sarah Ryskeshi*